

Linkes Blatt **DIE LINKE.**

2. Ausgabe / 19. Jahrgang

Für Halle

27. Januar 2008

Original Sozial für Halle

(Zum Entwurf des Kommunalwahlprogrammes Die Linke Stadtverband Halle)

Aufruf zur Diskussion

Liebe Hallenserinnen und liebe Hallenser, Halle ist eine lebenswerte und attraktive Stadt. Ihr Antlitz hat sich in den letzten 20 Jahren grundlegend verändert.

Halle ist auf dem Wege von der Industrie- und Chemiearbeiterstadt zur Stadt der Dienstleistungsbranchen sowie der Wissenschaft und Kultur. Halle hat wieder einen Namen in Deutschland - durch Leistungen der Wissenschaft in Vergangenheit und Gegenwart, durch die Entwicklung moderner Zentren für Medien und innovative Technologien, durch Kunst und Kultur, die über die Region hinausstrahlen.

Es ist aber auch eine Stadt mit immer noch hoher Arbeitslosigkeit und vielen sozialen Problemen. Dass ein Drittel aller Kinder und Jugendlichen im Alter bis 18 Jahre in Halle in Armut leben und auf Sozialleistungen angewiesen sind, macht das Ausmaß sozialer Probleme vor allem von Familien deutlich.

Das Wort soziale Gerechtigkeit ist zum Schlagwort geworden, mit dem der Sozialabbau als Reform verkauft wird. DIE LINKE will sich damit nicht abfinden - in grundsätzlicher, gesellschaftspolitischer Hinsicht nicht, nicht in Europa, nicht auf Bundesebene oder in Sachsen-Anhalt, aber auch in der realen

Kommunalpolitik nicht.

Wir wollen unter den gegebenen, aber nicht unveränderbaren, kapitalistischen Verhältnissen dagegen angehen mit allen Möglichkeiten, die wir haben. Für die Kommunalpolitik in der Stadt Halle müssen wir sehen: Seit der Wende ist die Bevölkerung unserer Stadt um ein Viertel geschrumpft. Ein anhaltendes Geburtendefizit und der Wegzug der jüngeren Generation führen gleichzeitig zu einem wachsenden Anteil älterer Menschen.

Die Folgen dieser demografischen Entwicklung werden unter dem Schlagwort „Schrumpfende Stadt“ zusammengefasst. Wohnungsleerstand, Unterauslastung oder entstandener Überdimensionierung kommunaler Infrastruktur bei gleichzeitigem Rückgang der Zahl derjenigen, auf die nach dem Solidarprinzip die Kosten verteilt werden, stehen die zunehmende Nachfrage nach seniorengerechtem Bauen, altersgerechten Wohnformen, Nachbarschaftshilfe, Pflegediensten, Ruhe- und Sicherheitsbedürfnissen, angepassten Öffnungszeiten städtischer Einrichtungen und eine zunehmende Abhängigkeit vom ÖPNV gegenüber. DIE LINKE ist sich bewusst, dass sich Veränderungen demografischer Trends nur über große Zeiträume hinweg erkennen lassen

und deshalb Weichenstellungen mit langfristigen Wirkungen und nicht ein Denken und Agieren in Wahlperioden notwendig sind.

Und DIE LINKE verkennt nicht den Ernst der Lage in der Stadt Halle - insbesondere mit Blick auf die leeren Kassen und die hohe Verschuldung.

Wir wollen Auswege aufzeigen und beschreiten und laden zum Mitmachen ein.

Wir wollen unsere Ziele gemeinsam mit Gewerkschaften, den zahlreichen Interessenverbänden, Vereinen und Initiativen entwickeln, im Stadtrat zu Gehör bringen und um Mehrheiten für ihre Umsetzung werben.

Wir wollen das mit den Mitteln der Stadt Mögliche in Angriff nehmen und von Land und Bund bessere Bedingungen für kommunale Politik hörbar einfordern.

Dabei ist die aktive Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger in Diskussionsprozessen und Entscheidungsfindungen unser ausdrückliches Ziel.

In einer Zeit zunehmender sozialer Kälte ist eine starke politische Gegenkraft wie DIE LINKE notwendiger denn je. Wir, DIE LINKE, wollen Halle, wir wollen Deutschland und Europa sozial gerechter gestalten!

weiter auf Seite -2-

DIE LINKE. gegen neue Kita-Satzung

Im Jugendhilfeausschuss wurde in erster Lesung über den Entwurf der Gebührensatzung für die „Kita-Gebühren“ debattiert. Grundlage dieses Entwurfes ist eine Einheitsgebühr.

Die Fraktion DIE LINKE. wird diesem Entwurf im nächsten Jugendhilfeausschuss und auch im Stadtrat nicht zustimmen können. Mit einer Gebühr, die nach Elterneinkommen gestaffelt ist, wäre es gesetzlich möglich, eine Geschwisterermäßigung einzubringen, die eine wirkliche Entlastung für Familien mit mehr als einem Kind brächte. Selbst die im Entwurf geplanten Erhöhungen der Gebühren von monatlich 15,00 - 20,00 Euro sind für Familien mit mehreren Kindern aus unserer Sicht keine akzeptable Lösung und widersprechen der strategischen Ausrichtung der Stadt Halle (Saale) als familienfreundliche Stadt.

gez. Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender der Fraktion

gez. Ute Haupt
Jugend- und sozialpolitische
Sprecherin

DIE LINKE. gegen Reduzierung finanzieller Leistungen in der Kultur

Der Kulturausschuss wird sich am 15. Januar 2009 in einer Sondersitzung mit den Vorschlägen der Stadtverwaltung zu Einsparungen im kulturellen Bereich für das Jahr 2009 beschäftigen.

Einsparungen bei der Stadtbibliothek, bei den Halleschen Museen für das Jahr 2009, wie sie die Stadtverwaltung vorgesehen hat, gehen an die Substanz dieser Einrichtungen. Die Fraktion DIE LINKE. wird diesen Sparvorschlägen der Stadtverwaltung keine Zustimmung geben, da besonders diese Einrichtungen für die kulturelle Bildung der Kinder und Jugendlichen einen hohen Stellenwert haben.

Der Vorschlag der Stadtverwaltung, das Künstlerhaus 188 zu schließen, stößt ebenfalls auf die Ablehnung der Fraktion DIE LINKE. Diese Einrichtung leistet seit Jahren eine über die Grenzen der Stadt Halle (Saale) hinaus anerkannte Arbeit. Viele kulturelle Einrichtungen und Vereine haben im Künstlerhaus eine Heimat gefunden und bereichern mit ihren Aktivitäten die Kultur der Stadt.

Für den Kulturtreff in Halle-Neustadt sollen die finanziellen Mittel soweit reduziert werden, dass eine weitere Nutzung dieser Einrichtung für die nächsten Jahre nicht mehr gewährleistet werden kann. Eine solche Entscheidung wäre von wirtschaftlicher und kultureller Unvernunft geprägt.

Wir werden deshalb diesem Vorschlag nicht folgen.

gez. Dr. Erwin Bartsch
Kulturpolitischer Sprecher
der Fraktion

gez. Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender der Fraktion
DIE LINKE.

Aufruf zur Diskussion

Fortsetzung von Seite - 1 -

Deshalb kämpfen wir für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, für gute Existenzsichernde Arbeit sowie gute Rente, für Gesundheit und gleiche Bildungschancen, für Frieden, für eine gesicherte und die Umwelt erhaltende Energieversorgung; gegen Hartz IV, gegen Kriege, gegen Kinder- und Altersarmut.

Dafür treten zu den Kommunalwahlen Mitglieder unserer Partei und Menschen, die mit ihr sympathisieren an, mit Ideenreichtum und Engagement, mit einem offenen Ohr für alle Sorgen und Nöte, aber auch für Vorschläge zur Veränderung, die sie aufnehmen, prüfen und, so möglich, für ihre Umsetzung streiten.

Dafür brauchen wir ihre Stimmen.

Am besten alle drei!

Bitte wählen Sie am 7. Juni 2009 DIE LINKE für eine starke LINKE Fraktion im Stadtrat der Stadt Halle!

Wählen Sie original sozial !

Der vollständige Entwurf ist im

Internet unter :

www.dielinke-halle.de
oder in der Geschäftsstelle
des Stadtverbandes in der
Blumenstrasse 16 erhältlich.



**Öffentlich!
Weil's wichtig
für alle ist.**

Nachruf

Der Tod unseres ehemaligen Mitglieds der Fraktion

Herrn Prof. Dr. agr. Werner Isbaner

geb.: 22.02.1930 gest.: 23.12.2008

erfüllt uns mit tiefer Trauer.

Herr Werner Isbaner war von 1990 bis 1999 Mitglied unserer Fraktion und darüber hinaus in weiteren Ehrenämtern tätig. Herr Werner Isbaner hat sich mit großem Engagement und Zuverlässigkeit in die Arbeit unserer Fraktion eingebracht, die Anfänge unserer Kommunalpolitik nach der Wende 1989/90 wesentlich mitgestaltet und geprägt.

Dank seiner Kenntnisse und Erfahrungen und durch seine offene, kritische und freundliche Art hat er über die Fraktionsgrenzen hinaus hohe Wertschätzung erhalten.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE.
im Stadtrat Halle (Saale)

NO Man's Land

globale in Halle - die Filmreihe zum Thema Globalisierung begann bereits im Januar mit dem Film *Manufactured Landscapes* und wird am **02.02.09 20:00Uhr im Luxkino am Zoo** mit

NO Man's Land

fortgesetzt.

Der Film, eine Gemeinschaftsproduktion Frankreichs, Belgiens, Großbritanniens und Sloweniens, von Danis Tanovic versetzt uns in 98 min unmittelbar in den Bosnienkrieg 1993.

Unvermittelt stoßen in einem Schützengraben zwischen den verfeindeten Kriegsfrenten, mitten im Niemandsland, zwei Soldaten aufeinander:

Der kriegserfahrene Bosnier Ciki und der junge, naive Serbe Nino, zum erstenmal „im Einsatz“.

Und zwischen ihnen auf dem Boden ein Verletzter, dem eine Mine untergeschoben wurde, die bei der kleinsten Bewegung zu explodieren droht.

Bald merken Ciko und Nino, dass es keine Rolle mehr spielt, wer von beiden die Oberhand behält - es geht darum, die eigene Haut zu retten, lebend aus dem Graben herauszukommen und Hilfe für den auf der Mine liegenden Cera zu holen.

Die beiden versuchen in ihrer Zweckgemeinschaft, die Aufmerksamkeit der serbischen und bosnischen Lager auf sich zu ziehen, die sich unweit des Schützengrabens gegenüber liegen.

Die allerdings überlassen diese heikle Angelegenheit lieber der UNO.

Die verfahrenere Situation entwik-

kelt sich zu einem mittleren internationalen politischen und medialen Zwischenfall:

Dubois, ein französischer UN-Sergeant, will helfen, erhält aber von seinen Vorgesetzten, die sich am liebsten aus allem raushalten, keine Unterstützung.

Ein englisches Kamerateam wittert eine Riesenstory und versucht, den scheinbar unwichtigen Vorfall in ein Medienspektakel mit Live-Berichterstattung zu verwandeln. Dazu kommen noch ein deutscher Minenentschärfer, ein UN-General, der sich in Szene setzen will - und verfeindete Kriegsparteien, die die Sprache ihrer vermeintlichen Helfer nicht verstehen (wollen) ...

Danach gibt es die Möglichkeit zur Diskussion mit VertreterInnen des Friedenskreises Halle. wg

Ergebnisse der Wahlen

Auf dem Stadtparteitag wurden die halleschen Vertreterinnen und Vertreter für die Bundesvertreterversammlung, zur Aufstellung der Liste für die Wahlen zum Europäischen Parlament am 01. März 2009 in Essen sowie für die Landesvertreterversammlung zur Aufstellung der Landesliste für die Wahlen zum Deutschen Bundestag am 25. April 2009 in Magdeburg gewählt.

Für die Bundesvertreterversammlung wurden gewählt:

- * Swen Knöchel
- * Henriette Quade
- * Dr. Petra Sitte
- * Frank Tillmann

Als Ersatzdelegierter wurde gewählt:

- * Dieter Schika

Für die Landesvertreterversammlung wurden gewählt:

- * Dr. Ines Budnik
- * Heike Deuerling-Kalsow
- * Ute Haupt
- * Frank Hoffmann
- * Ants Kiel
- * Swen Knöchel
- * Marion Krischok
- * Renate Krimmling

- * Hendrik Lange
- * Dr. Bodo Meerheim
- * Henriette Quade
- * Uwe Larsen-Röver
- * Dr. Petra Sitte

Als Ersatzdelegierte wurden gewählt:

- * Frank Baier
- * Frigga Schlüter-Gerboth



Impressionen vom Stadtparteitag am 17.01.2009

Fotos: Martin Bahr



Fraktion DIE LINKE: Vor 90 Jahren hatten Frauen erstmals die Wahl

Dazu erklärt die gleichstellungspolitische Sprecherin der Fraktion Birke Bull:

„Der 19. Januar 1919 war ein historischer Tag: Erstmals haben Frauen von ihrem passiven und aktiven Wahlrecht Gebrauch gemacht. Damit begann ein neues Kapitel politischer Partizipation in Deutschland. Inzwischen ist dieses hart erkämpfte staatsbürgerliche Recht eine Selbstverständlichkeit und prägt unser heutiges Demokratieverständnis. Vieles ist erreicht - einen Grund sich auszurufen gibt es jedoch nicht.

Nur 39,9 % aller Frauen gaben zur letzten Landtagswahl in Sachsen-Anhalt ihre Stimme ab. Insbesondere die schwache Wahlbeteiligung junger Frauen zwischen 21 und 25 Jahren von nur 23,9 % sollte skeptisch machen. Hier reicht es nicht aus, mahnend den Zeigefinger zu heben und an mühevoll errungene Frauenrechte zu erinnern. Hier muss Politik sich die Frage stellen, wie und ob sie ankommt, wie attraktiv und wie wählbar sie für die Menschen überhaupt ist. Vertrauen in sich und das Gefühl zu haben, etwas verändern zu können, ist speziell für uns Frauen auch

eine Frage von Machtstrukturen und Hierarchien, die heute noch in den oberen Etagen eindeutig männlich dominiert sind.

Was für die Führungsebenen der DAX-Konzerne und die Professuren an Hochschulen gilt, gilt ebenso für die Politik: Frauen sind eher die Ausnahme. Gerade 30 der 97 Landtagsabgeordneten sind Frauen - die mit 40 Sitzen stärkste Fraktion der CDU hat eine Frauenquote von nur 17,5 %.

Wir sollten den 19. Januar zum Anlass nehmen, mehr zu wagen und mehr zu bewegen, denn vieles ist noch nicht erreicht.“

Zum Rentenproblem

Wie sicher sind die Renten?

Norbert Blüm, der ehemalige Arbeitsminister der BRD, sagte einmal: „Die Renten sind sicher“.

Heute, einige Jahre danach, würde auch er das nicht mehr behaupten. Das gilt allgemein, aber im Besonderen für Ostdeutschland. Nicht nur, dass wir durch einen niedrigeren Rentenwert benachteiligt sind, auch der höhere Anteil an Arbeitslosen, Niedriglohneempfängern und anderem trägt für die Zukunft zu mehr Altersarmut bei, da die Anteile zur Rente nicht mehr zum Leben reichen. Hinzu kommen noch Unkorrektheiten in den Rentenbescheiden, die zwar in den letzten Jahren geringer geworden sind, jedoch immernoch ausreichen, um die Behauptung zu bestätigen, dass keine Rente stimmt. Da ich laufend im Rahmen der GBM, als auch für andere Bürger, Bescheide zur Überprüfung erhalte, weiß ich wovon ich spreche. Mir ist bisher noch

kein Bescheid übergeben worden, der 100% stimmt und in der Regel in negativer Hinsicht.

So werden zum Beispiel die Entgeltpunkte der einzelnen Jahre in vier Stellen hinter dem Komma ausgewiesen. Wenn man es genau wissen will, und das muss man bei Überprüfungen tun, geht das bis zu 9-10 Stellen hinter dem Komma. Hier aber fangen die Unregelmäßigkeiten an.

Das Gesetz schreibt hier vor, wenn die fünfte Zahl hinter dem Komma höher ist als 5, dann muss aufgerundet werden. Bemerkenswert ist hierbei, dass das in der Regel auch von den Rententrägern beachtet wird, jedoch nicht immer. So sind in jedem Bescheid bisher, welche ich zu überprüfen hatte, mindestens vier bis fünfmal die Aufrundungen nicht vorgenommen worden. Für den einzelnen mag das unbedeutend sein (0,0004 - 0,0005 EP).

Bei einigen Millionen Rentnern ist das bedeutend mehr, was vom Staat eingespart wird.

Hinzu kommen noch andere Nachteile, wie zum Beispiel geschiedene Ehefrauen der ehemaligen DDR, die Nichtberücksichtigung der mitarbeitenden Ehepartner von Handwerkern und Gewerbetreibenden u.a..

Wollen wir etwas ändern, dann ist das meiner Meinung nach nur möglich durch massenweise Proteste. Das auch deshalb, weil die Stimmen in letzter Zeit immer lauter werden, die da meinen, dass auch die Rentner Kürzungen hinnehmen müssten, damit die von den Großaktionären und Banken verursachte Krise überwunden wird.

Bei Protesten bin ich gerne bereit zu helfen.

Hans Stollberg
Vorsitzender der Basisgruppe „Am Tallinn“

Der Kreisvorstand DIE LINKE Saalekreis und der Stadtvorstand DIE LINKE Halle beruft für den 31. März 2009, um 18:00 Uhr die Delegiertenversammlung zur Wahl der WahlkreisbewerberIn für den Wahlkreis 73 für die Bundestagswahl am 27. September 2009 ein. Der Veranstaltungsort wird noch bekannt gegeben.

Die Basisorganisationen des Stadtverbandes Halle sowie der Gemeinden Morl, Götschetal, Krosigk, Petersberg, Kütten, Ostrau, Brachstedt, Niemberg, Oppin, Schwerz, Braschwitz, Peißen, Landsberg, Hohenthurm des Kreisverbandes Saalekreis werden gebeten, nach Veröffentlichung dieses Beschlusses bis 14. März 2009 Delegierte nach nachfolgendem Schlüssel zu wählen.

1. Jede Basisorganisation erhält 2 Grundmandate.
2. Basisorganisationen mit mehr als 20 Mitgliedern erhalten Zusatzmandate nach folgendem Schlüssel:

21-30 Mitglieder -	2 Zusatzmandate
31-40 Mitglieder -	4 Zusatzmandate
41-50 Mitglieder -	6 Zusatzmandate
51-60 Mitglieder -	8 Zusatzmandate
61-70 Mitglieder -	10 Zusatzmandate
71-80 Mitglieder -	12 Zusatzmandate

Über die Wahl der Delegierten ist ein Wahlprotokoll zu fertigen, dieses ist bis 16. März 2009, 19:00 Uhr beim Kreis- bzw. Stadtvorstand einzureichen. Wahlprotokollen, die nach diesem Termin eingehen ist eine Erklärung der gewählten Delegierten beizufügen, dass ihnen bekannt ist, dass Wahlen stattfinden und sie auf die Einladungsfrist nach § 3 (2) der Wahlordnung verzichten.

Es wird darauf hingewiesen, dass für die Einladung, die Wahlberechtigung und die Wahlhandlung die gesetzlichen Bestimmungen sowie die Satzung und Wahlordnung sorgfältig zu beachten sind.

Als Delegierte können nur solche Genossinnen und Genossen gewählt werden, die für die Wahlen zum Deutschen Bundestag wahlberechtigt sind und im Wahlkreis ihren Wohnsitz haben.



Trotz Schneematsch folgten 16 Interessierte dem Aufruf zu einer Stadtwanderung am 15. Januar „Auf den Spuren der Novemberrevolution“. Am Todestag von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gedachten wir den beiden Vorkämpfern für Frieden und Sozialismus am Fahnenmonument. Unser Weg führte weiterhin zu Gedenktafeln am Hansering und auf dem Hof der ehemaligen Hauptpost, heute Verwaltung der HWG.

DIE LINKE schafft den Wiedereinzug!

Zum Ausgang der hessischen Landtagswahl erklärt Matthias Höhn, Landesvorsitzender der Partei DIE LINKE in Sachsen-Anhalt:

„DIE LINKE hat den Einzug in den hessischen Landtag erneut geschafft. Damit ist ein weiterer Baustein für eine dauerhaft erfolgreiche gesamtdeutsche LINKE gelegt und der Start ins Wahljahr 2009 gelungen. Gratulation an die hessischen Mitglieder und WahlkämpferInnen. Die SPD hat eine historische Niederlage erlitten. Dies ist die Konsequenz aus dem erneuten Versagen der Sozialdemokratie, eine vorhandene Mehrheit links von CDU und FDP politisch handlungsfähig zu machen. Hessen hatte die Chance auf mehr soziale Gerechtigkeit - die SPD hat diese Chance verspielt. Und nicht zuletzt hat die SPD dem vor einem Jahr bereits abgewählten Roland Koch ein unverdientes Comeback beschert. Die CDU sollte sich jedoch nicht allzu sehr freuen. Ihr Ergebnis ist mehr als mager. DIE LINKE muss die kommenden Monate nutzen, um weiter an ihrem inhaltlichen Profil zu arbeiten. In der aktuellen gesellschaftlichen Situation entscheiden Lösungskompetenz und die Fähigkeit, Menschen Zuversicht zu geben. Der LINKEN wird es darum gehen deutlich zu machen, dass sozialer Ausgleich, ökologische Erneuerung und wirtschaftliche Stabilität zusammengehören. Der Bluff des Neoliberalismus ist aufgefliegen, jetzt muss DIE LINKE ihre Trümpfe konsequent und kompetent ausspielen.“

Mitstreiter für Bürgerinitiative gesucht!

Seit ca. einem Jahr treffen sich interessierte Bürger und Bürgerinnen, die die Idee eines Generationenspielfeldes im Pestalozzipark entwickeln. Bei diesen Treffen sind engagierte BürgerInnen, Mitstreiter aus Vereinen und Institutionen und die Wohnungsunternehmen vertreten.

Die eigentliche Idee entstand vor über 20 Jahren in China, im Geiste der traditionellen Chinesischen Medizin die ersten Spielfelder dieser Art für das regelmäßige Körpertraining. Inzwischen gehören diese Spielfelder in Spanien, Frankreich, Skandinavien und auch immer mehr in Deutschland zum Stadtbild.

Aktive Männer und aktive Frauen über 60 Jahre turnen an den Geräten, stemmen Gewichte und schwingen die Beine. Die Idee, dass ein Fitnessparcours und Begegnungsort älteren Menschen dienen soll, klingt vielleicht etwas abenteuerlich, dennoch warum nicht?

Heutige Senior/innen sind eher aktiv und wollen sich ihre Gesundheit lange erhalten. Durch regelmäßiges zielgerichtetes Training lässt sich der Prozess des Nachlassens der körperlichen Fähigkeiten stoppen. Durch die Kombination von geistiger und körperlicher Aktivität kann beispielsweise Demenz verzögert werden. Verschiedene Trainingsgeräte dienen der körperlichen Fitness, was ein Stück wertvolle Prävention für Jung und Alt ist.

Das die Interessengemeinschaft sich dabei nicht auf „Abwegen“ befindet zeigte, eine Befragung zum diesjährigen Parkfest in Halle Süden. Dort waren es gerade die Anwohner, die dem Pestalozzipark als Terrain für eine solche moderne Variante eines Trimm-dich-Pfades als besonders geeignet empfanden. Laut einer Umfrage der Bewohner des Stadtgebietes waren 89 von 102 Befragten für einen generationsübergreifenden Spielfeld, den sie auch selber nutzen würden.

Diese Aufgeschlossenheit für diese gemeinsame Idee ist Motivation genug, um daran festzuhalten und weiterhin mit den Initiatoren an der Umsetzung zu arbeiten. Neben den engagierten Bürgern, Mitstreitern aus Vereinen und Institutionen sind die Wohnungsunternehmen ebenfalls von dieser Idee überzeugt.

Ein solches Angebot, welches Zusammenwachsen und das Verständnis zwischen den Generationen fördert und so jeder Einzelne von Erfahrungspotenzial des Anderen lernen kann, muss unterstützt werden.

Wir freuen uns auf weitere engagierte Mitstreiter und möchten Sie zu einer Mitarbeit in dieser Interessengemeinschaft aufrufen. Vielleicht gelingt es uns ja gemeinsam, eine Bürgerinitiative für diesen Stadtteil zu gründen, die sich für diese und neue Ideen begeistert und an der Umsetzung mitwirkt.

Für Ihre kreativen Gedanken und Fragen stehen wir gern unter (0345) 122 98 18 (Herr Placke) zur Verfügung. Sie können uns aber auch eine E-Mail schreiben an buergerinitiative-suedstadt@freenet.de schreiben.